

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Zweit. und Verlag von K. Neumann, Neuenbürg (Inhaber: D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich: D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 182

Neuenbürg, Mittwoch den 10. August 1921.

79. Jahrgang.

## Wenn die Franzosen kommen.

Der Industriort Moers (Rheinland) war bis vor kurzem von belgischen Truppen besetzt. Wenn auch die belgische Besatzung mancherlei Beschwerden brachte, so haben sich doch die belgischen Behörden und Truppen mit ganz verschwindenden Maßnahmen korrekt verhalten. Westwärts wenigstens gefaltete sich das Zusammenleben der deutschen Bevölkerung mit den belgischen Truppen halbwegs erträglich. Seit Anfang Juli ist an die belgische Besatzung aus Moers aberufen und durch belgische Truppen ersetzt worden. Die Bevölkerung genießt nicht das sehr fragliche Vergnügen, den Unterschied zwischen belgischer und französischer Besatzung am eigenen Leibe kennen zu lernen. Der Unterschied ist ein ganz gewaltiger. In den vier Wochen, seitdem weiße und farbige französische Besatzungstruppen in Moers liegen, haben sich Vorfälle ereignet, die unter der früheren Besatzung kaum möglich gewesen wären. Diese Zustände haben beunruhigenderweise dazu geführt, daß sich die Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung bemächtigt hat. Jeder verfaßt die Rheinlandkommission in Koblenz, deren Pflicht es wäre, gegen diese unwürdigen Zustände Maßnahmen zu treffen. Täglich geben sowohl beim Bürgermeisteramt Moers als auch beim Landratsamt Klagen ein, daß Frauen und Mädchen nicht nur auf unbedeutenden Promenadenwegen, sondern auch auf belebten Straßen von französischen Soldaten in schamloser Weise belästigt werden. Die französischen Soldaten nehmen sich diese empörenden Unverschämtheiten auch gegen Frauen und Mädchen heraus, die in Begleitung männlicher Personen sind. Falls diese versuchen, ihre Begleiterinnen zu helfen, so greifen die Soldaten vielfach zum Revolver oder zum Seitengewehr. Verschiedentlich ist es auch vorgekommen, daß Männer jenseitigen Standes und Alters ohne jede Veranlassung von französischen Soldaten mißhandelt worden sind. So wurde ein Polizeibeamter, der sich im Dienst befand, von französischen Soldaten ohne jeden Grund derart mißhandelt, daß er erhebliche Verletzungen davontrug. Ferner wurde ein anderer Zeitschriftler auf der Straße ganz grundlos von mehreren französischen Soldaten verprügelt und mit dem Seitengewehr schwer mißhandelt, daß es nach Verlauf einer Woche zweifelhaft war, ob der Verwundete mit dem Leben davonkommen würde. Der Übermut der französischen Soldaten treibt übrigens auch andere sonderbare Blüten. So werden in rücksichtsloser Weise Schaufenster von Läden zertrümmert; ein Laden wurde in einer solchen Gelegenheit teilweise geulndert. Wiederholt werden auch von französischen Soldaten in der französischen Militär-Kantine Schulkinder derartig betrunken gemacht, daß sie auf dem Boden liegen bleiben. Die französischen Soldaten werden sich dann ein Vergnügen daraus, die Kinder mit den Füßen fortzuschleichen. Eine Dame, die Frau eines höheren Verwaltungsbeamten, die mit dem Rad an der Kantine vorbeifuhr, wurde ohne jede scheinliche Veranlassung von einem Soldaten ein Glas Rotwein über's Gesicht geschüttet. Auf der gleichen Ecke bewegen sich „Spielecken“ der französischen Soldaten, die darin bestehen, daß z. B. einem sechsjährigen Kind, das von einem Soldaten, der in der einen Hand ein Portemonnaie mit herangelockt wird, mit der Bedeutung, er wolle ihm Geld leihen, dann, wenn es sich harmlos nähert, ins Gesicht geschlagen wird.

Jeder verfaßt sehr oft die französischen Offiziere, wenn sie von den deutschen Zivilpersonen um Schutz gegen derartige Verbrechen angegangen werden. So erging es einem Herrn, der von zwei französischen Soldaten ohne jede Veranlassung in den Häusern ins Gesicht geschlagen worden war und französische Offiziere hat, ihm bei der Feststellung der Namen der belästigenden betrunkenen Burschen behilflich zu sein. Von drei voneinander angebrochenen Offizieren wurde er mit den Worten: „Sie hätten keine Zeit, sich darum zu kümmern, abgewiesen.“ Jedenfalls ist es höchst bemerkenswert, daß in einem Ort wie Moers, wo zur Zeit der belgischen Besatzung ein erträgliches Leben in ein beinahe gutes Einvernehmen zwischen Soldaten und Bürgerchaft bestand, seit Anwesenheit französischer Truppen solche Klagen laut werden. Sollte es vielleicht auch in der Absicht der französischen Kulturpropaganda liegen?

## Deutschland.

München, 8. Aug. Das Landwirtschaftsministerium hat wegen der Wirkung der langandauernden Trockenheit ein Ausnahmeverbot für Getreide, Erbsen und zugehörige Nachfrucht erlassen.

München, 9. Aug. Das bayerische Landvolk hat Vermerk genommen an den süddeutschen Badegästen und Sommerfahrern, die am See und in den Bergen nach Verunreinigungen in bayerischen Bädern einen Antrag der Volkspartei gegen die „Radikultur“ angenommen. Die Regierung erklärt, in der Vergangenheit müsse das Publikum Selbsthilfe üben und gegen die Auswüchse im Badebetrieb seien Polizeistrafen angeordnet. Die bayerische Selbsthilfe wird auf diese Regierungsanweisung hin wohl nicht zu stark ausfallen.

Reims, 9. Aug. Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee in Reims hat Oberleutnant an der Spitze als Kommandant für ein französisches Regiment bestimmt. Die Wohnung für die Anwesenden, Wohnungen usw. für allein 36 Offiziere beläuft sich auf 40-50 Millionen Mark, die die Stadt zu zahlen hat.

Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau. Berlin, 9. Aug. Raut „Verf. Katalans“ erhielten bei den Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau die freien Gewerkschaften 12 Vertreter und 11 Stellvertreter, die Gewerkschaftsbereine 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die

polnische Berufsvereinigungen 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der Metallarbeiterverband und die Tisch-Zunftschen Gewerkschaftsbereine je 1 Vertreter und 1 Stellvertreter. Drei Listen waren ungültig, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufwiesen. Die für diese Listen abgegebenen 66 156 Stimmen scheiden deshalb aus. Von den übrigen Stimmen sind also rund 36 000 auf die Unionisten, rund 30 000 auf die Syndikalisten entfallen. Die Antisindikalisten werden in der Arbeitskammer nicht vertreten sein.

## Gegen die Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte.

Die Dalesiden Richter haben gegen den Erlass des Reichsjustizministers, der die Prüfung sämtlicher Urteile, in denen von Sondergerichten auf Justizhaus erkannt worden ist, anordnet, einen beständigen Protest beschloßen. Sie meinen, daß der Erlass dahin führt, daß fast sämtliche von den Justizhausstrafen nicht vollstreckt würden. Diese Maßnahme würde in ihrer Auswirkung das gleiche Ziel erreichen, wie eine Amnestie. Damit würde aber in der Bevölkerung der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. Deswegen untertrage der Reichsminister nicht nur die Achtung vor dem Gesetz, er erschwere auch die Wiederherstellung der Staatsautorität und ermutige feindliche Elemente zu gewalttätigen Vorgehen.

## Sozialdemokratische Voraussetzungen für die Bündnisfähigkeit einer Partei.

Berlin, 9. Aug. Aus dem Berliner Bezirksrat der Reichssozialdemokraten wurde vorgeseien folgende Entschließung gefaßt: „Ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reiches oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind; 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reich, Staat und Gemeinden; 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Demokratisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen; 4. für eine positive Außenpolitik; 5. für die lokale Erfüllung des Friedensbittens und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Herabsetzung des Vermögens.“

## Veratungen über die französischen Forderungen im Fall Langewin.

Nach Pariser Zeitungen hat die alliierte Militärmission in Berlin für die angebliche Belästigung des französischen Majors Langewin im Schlafwagen Berlin-Norddeich folgende Forderungen gestellt: 1. Entschuldigun bei Major Langewin durch einen militärischen Beamten und einen Beamten des auswärtigen Amtes. 2. Befragung des Schlafwagenschaffners. 3. Entlassung des Schutzpolizisten, der in Spandau Langewin aus dem Wagon holte. Der Beamte darf nicht mehr in den Staatsdienst eingestellt werden. 4. Beweis an den begleitenden deutschen Verbindungsoffizier, der nicht genügend für Langewin eingetreten sein soll.

Berlin, 9. Aug. Gestern abend waren die Beratungen im Reichskabinett über die neuen französischen Forderungen betreffend den Zwischenfall im D. Zug Norddeich-Berlin noch nicht abgeschlossen. Für eine Annahme der französischen Forderungen ohne vorherige genaue Untersuchung der Schuldfrage ist eine Mehrheit im Kabinett nicht vorhanden.

## Ausland.

Wien, 8. Aug. Im Verfolg der Internationalisierung der Donau ist eine englische Flottille den Fluß hinaufgezogen, und hat in Wien Anker geworfen. Es fand eine Begrüßung durch den englischen Botschafter und einen Vertreter der österreichischen Regierung statt.

Rom, 8. Aug. Der Papst richtet an den Kardinalstaatssekretär ein Schreiben, in dem er alle christlichen und zivilisierten Völker auffordert, edelmütig der hungernden russischen Bevölkerung zu helfen.

Washington, 8. Aug. Nach den Bestimmungen des neuen Desertergesetzes sind in den letzten Wochen 3000 Mann aus der amerikanischen Armee entlassen worden. Weitere 7000 Mann folgen bis 15. August.

## Der Fall Habern in französischer Kasse.

Der „Republikaner“ in Wülhausen i. G. das sozialistische Organ für das Oberloß, veröffentlicht die Aufschrift des Baters eines zurzeit in Lyon dienenden jungen Oberloßfäher, die folgendes berichtet:

„Der Sohn, der seit dem 2. Oktober 1920 in Lyon seiner militärischen Pflicht genügt und bis heute weder vor noch während seiner Dienstzeit die geringste Strafe erhielt, wurde dieser Tage mit noch zwei Offizieren zu je fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das ganze Verbrechen dieser jungen Leute besteht darin, daß sie, aufgebracht über einen Unteroffizier, der sie mit dem Worte „Boche“ tituliert, diesen eines Tages oberleiteten. Drei Monate saßen diese Schmerzbereiten in der Unterdrückungshaft. Vergangene Woche fällte das Kriegsgericht das Urteil. Die drei Offiziere wandern nach Cadix, während der Unteroffizier frei ausgeht.“

Dazu schreibt das Wülhausener Sozialistenblatt u. a.:

„Wem Recht angesichts einer derartigen Brutalität und aller Gerechtigkeit Hobn sprechenden Beurteilung nicht die Hornröde ins Gesicht? Ist es so weit bereits gekommen, daß unsere jungen Offiziere, die in Frankreich dienen, sich wie einst bei den Kreuzen die „Boches“ titulieren nun auch die Bezeichnung „Boche“ gefallen lassen müssen? Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen ein solches Vorgehen! Wir verlangen eine Revision dieses Kriegsgerichtsurteils, das drei junge Offiziere

zu Verbüßern stempelt und sie der härtesten Strafe aussetzt. Wir glauben nicht, daß sich das ersässliche Volk einem derartigen Justiztritt vor einigen militärischen Schnapshäuten, die unbekümmert um jede Menschlichkeit nur ihren militärischen Straßkodex kennen, verziehen lassen wird!“

## Deutungen am Rhein.

Paris, 9. Aug. Briand hat sich bereits den Rufen gegen die französischen Nationalisten gebeugt, die auf Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien drängen, und hat mit Belgien gemeinsame Verstärkungen der Rheinarmee festgelegt, um auf Deutschland nicht in Oberschlesien, sondern am Rhein einen Trud auszuüben, wenn bei eventuellen Grenzfestsetzungen Deutschland Schwierigkeiten machen sollte. Damit scheint die Frage der Truppenentsendungen einstweilen abgetan zu sein.

Die öffentliche Meinung in Paris geht dahin, daß in dem Titel Briand-Lloyd-George der italienische Ministerpräsident eine wichtige Rolle spielen werde. Man ist der Meinung, daß der Schwerpunkt nicht in einzelnen Sitzungen liegt, sondern vielmehr in den Besprechungen, die hinter den Kulissen stattfinden.

## Die Konferenz des Obersten Rats.

### Der entgegengesetzte englisch-französische Standpunkt.

Paris, 9. Aug. Die Davaoagentur verbreitet über die Erklärungen der verschiedenen Sachverständigen eine eingehende Mitteilung, aus der hervorgeht, daß Sir Cecil Hurst, der das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien vor dem Obersten Rat folgendermaßen kennzeichnet: 678 Kommunen hätten sich für Polen ausgesprochen, 844 für Deutschland, 479 000 Stimmen seien für Polen, 707 000 für Deutschland abgegeben worden. Er faßt die englische Meinung wie folgt zusammen:

1. Da Frankreich die gemeindefreie Abstimmung als Basis für die Regelung annehme und da jede Gemeinde dem Land zugerechnet werde, für das sie gestimmt habe, solle eine Ausnahme nur für den Fall zugelassen werden, daß gute Gründe dagegen sprechen.

2. Enklaven müßten als unpraktisch und ungerecht für beide Teile vermieden werden. Die bloßmäßig untrennbaren Kommunen könnten nicht voneinander getrennt werden.

3. Der Raum des Industriegebiets müsse an Deutschland übertragen werden. Was den Rest der zu lebenden Grenze anlangt, so beständen wenig Differenzen zwischen dem französischen und dem englischen Vorschlag.

Der englische Sachverständige warf dem französischen Vorschlag vor, daß er die Verhältnisse der Abstimmung und der Ausprägung der kritischen Gebiete umfasse. Der französische Vorschlag würde sieben Eitel der Stimmen, die für Deutschland abgegeben wurden, Polen und nur vier Eitel der Stimmen, die für Polen abgegeben wurden, Deutschland zusprechen, während diese Stimmen wie folgt verteilt seien: 60 Prozent für Deutschland und 40 Prozent für Polen.

Ministerialdirektor Laroche, der die französische These vertritt, erklärte, die Gesamtheit des Kohlenbeckens müsse Polen zugesprochen werden. Laroche machte dem englischen Vorschlag den Vorwurf, daß er neun Eitel der für Deutschland abgegebenen Stimmen Deutschland und nur zwei Eitel der für Polen abgegebenen Stimmen Polen zuspreche.

### Die Vorladung der Sachverständigen.

Nach der vom Obersten Rat angenommenen Geschäftsordnung zur Besprechung des oberschlesischen Problems soll ein französischer, ein englischer und ein italienischer Sachverständiger vorgeladen werden, der vor dem Obersten Rat den Bericht vorliest, den er ausgearbeitet hat, und dabei die Gründe angibt, aus denen er die Zuteilung dieses oder jenes Gebietes an die eine oder andere Partei, also Polen oder Deutschland, vorschlägt. General de Marini und Sir Gerald Stuart wurden vom Obersten Rat beauftragt, diesem in seiner heutigen Sitzung einen Bericht und ihren Standpunkt in der Frage der Truppenverstärkungen vorzulegen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 9. Aug. Die Stadtpfarrrei Verrenald ist vom Ev. Konsistorium dem Pfarrer Seilacher in Neuenbürg, Dekanats Kalen, übertragen worden. Er wird voraussichtlich am 7. Sept. d. J. auf seiner neuen Stelle aufziehen. Die Gemeindevorstände, bei der Pfarrer Seilacher aus der Zeit der Weimarerzeit der Stadtpfarrstelle im Jahr 1910 noch im besten Andenken steht, begrüßt sein Kommen mit Freuden.

Neuenbürg, 8. Aug. In der umstrittenen Frage „Der Reichsschulgesetzentwurf — eine Kulturgefahr“ erhalten wir eine Aufschrift folgenden Inhalts:

Der Verfasser des Artikels im „Enztäler“ Nr. 178 stellt uns vor keine Kritik, sondern vor einen Propagandaartikel für eine konfessionelle Verschlechterung unseres Schulwesens. Er schreibt u. a.: „Alles lebensschöpfliche Verlangen nach einer einheitlichen deutschen Schule, so ideale Beweggründe dahinter stehen mögen, muß im jetzigen Augenblick ergebnislos bleiben. (Aus welchem Grund?) Etwas später: „In eine Abänderung jener Verfassungsparagraphen, die in unserer ganzen geistigen und politischen Lage tief begründet sind, ist auf abschbare Zeit nicht zu denken. Und noch später: „Eben weil der Staat keinen einheitlichen Kulturwillen mehr hat, ist eine andere Entscheidung über die Schule als durch den Elternwillen am einzelnen Ort kaum mehr möglich.“

Der Inhalt dieser Sätze ist kurz folgender: „Die Verrechtlichung hat über die Schule nichts zu bestimmen, das ist Sache des Elternwillens.“ Wenn Ansehen nach ist auf Grund des



Überwiegend eine sofortige Abänderung des Reichsschulgesetzes möglich. Man bedenke aber, was das für uns heute bedeutet, in einer Zeit, in der weitläufig die Mehrzahl unseres Volkes nach einer Einheit schmachtet. Wenn wir nur in der Schule schon eine Zerspaltung dulden, gleichsam anerziehen, wieviel mehr wird eine Zerspaltung bei späteren Generationen das der Fall sein. Das dadurch unsere Volksschule den Kirchen und Sekten ausgeliefert und ins finstere Mittelalter zurückgeführt würde, davon nimmt unser Verfasser ganz Abstand, er widersteht es nicht, also gibt er zu. Es ist nur „maßlos“ übertrieben. Wenn wir aber die Artikel 146 und 149 noch mehr ausnützen wollen, so hat jede Partei ihre eigene religiöse Anschauung, also kann jede Partei ihre eigene Volksschule schaffen und demgemäß müsste dann jeder Parteiliche die Kinder für seine Partei erziehen. Man bedenke die armen Kinder die Sklaven ihrer Partei werden müssen. Und wie viele Arten von Schulen! Von denen ganz abgesehen, die sich unter den Parteien selbst noch auflösen würden auf Grund religiöser Anschauung. Und eben weil der Staat keinen einheitlichen Kulturwillen hat, zweifellos ein Mißstand, sollen wir diesen wieder herstellen und nicht noch mehr zersplittern wollen.

Weiter schreibt unser Verfasser: „Aber einen Weg, wie die §§ 146 und 149 der Verfassung anders zur Ausführung kommen sollen, als in der Art des Reichsschulgesetzes, hat der Reichslehrerverein nicht zu zeigen vermocht“. Freilich, in der Art will der Lehrerverein keine andere Wege zeigen, er hat genau an dem einen, dagegen in seiner Art hat er wohl schon genügend gezeigt. Aber natürlich kann keiner dieser Wege bei den Vertretern der konfessionellen Schule Anklang finden.

Unser Verfasser ist auch auf einem konservativen Standpunkt angelangt, wenn er an keine Abänderung der Gesetze in absehbarer Zeit denkt. Die Gesetze sind ja tief begründet in geistiger und politischer Lage. Ja. Aber machen wir denn Gesetze für die Vergangenheit? Die Gesetze müssen sich doch ändern mit dem Kulturfortschritt eines Volkes und zwar je bald, desto besser. Wir könnten doch auch mit den Gesetzen, die vor 100 Jahren bestanden, weiterreiten, dadurch wäre manchem Unheil freie Bahn geschaffen. Bei Artikel 146 und 149 ist es nicht minder der Fall. Und außerdem ist das Gesetz, wie der Verfasser selbst betont, während der Zeit kultureller und religiöser (man beachte die Wahl dieser Einteilung!) Gespaltenszeit zustande gekommen, in einer für uns ganz neuen Zeit, also sicher nicht „tief“ begründet, folglich jederzeit abänderlich. Ein Gesetz kann nur Gültigkeit haben für eine bestimmte Periode und dann erst, wenn es auf nationale Einheit gegründet ist.

Darum keine Trennung. Eine weitere Zerspaltung unseres Volkes würde uns noch tiefer in den Abgrund ziehen, in dem wir ohnehin tief genug stehen.

**Reutenburg, 9. Aug.** (Meisterprüfung.) Wie aus dem Einzelteil zu entnehmen ist, hat die Handwerkskammer Reutlingen eine Bekanntmachung wegen Abhaltung der Meisterprüfung erlassen. Schlusstermin zur Einreichung der Anmeldung ist der 5. September.

**Calmbach, 9. Aug.** Durch die anhaltende Dürre begünstigt, haben auch wir gleich zu e i w a l d b r ä n d e zu verzeichnen. Gestern Mittag nach Abgang des abwärts fahrenden Zuges brach am Abhang des Überges unterhalb der Station Feuer aus. Das dürre Gras hatte offenbar durch Funken der Maschine Feuer gefangen. Dasselbe breitete sich sehr rasch aus und bedrohte den Hochwald. Nur rasche Hilfe des Bahnpersonals, der hiesigen Feuerwehr und sonstiger Einwohner, sowie der hier anwesenden S.-Kränzer aus Weidenberg verhinderten unabsehbares Unglück. — Heute Mittag zwischen 3 und 4 Uhr löstete sich wieder die Sturmglode. Diesmal war es weit ab von der Bahn, in der Nähe der Charlottenhöhe. Herr Verwalter Schäfer entdeckte den Brand und alarmierte sofort Calmbach und Weidenberg. Auch hier hat rasche Hilfe und vor großem Schaden bewahrt. Mehrere Morgen junger Kultur wurden vernichtet, und der Hochwald war in höchster Gefahr. Minimale Apparate von der Charlottenhöhe taten gute Dienste. Die Feuerwehren von hier und Weidenberg lokalisierten den Brand und halten gute Wache. Tierarzt Dr. Böpple in Reutenburg trug auch seinen Teil zur raschen Niederlegung des Brandes bei, indem er mit seinem Auto verschiedene Feuerwehrlente von hier zur Brandstelle brachte. Die Ursache ist bis jetzt nicht ermittelt, aber sicher ist es Unvorsichtigkeit eines Rauchenden, daher ist äußerste Vorsicht geboten. Im Walde und in der Nähe desselben sollte das Rauchen unbedingt verboten sein.

**Wildbad, 8. Aug.** Die Zahl der Fremden in Wildbad (württ. Schwarzwald) beträgt bis heute nach der amtlichen Statistik 12 697 Personen.

**Landes-Theater Wildbad.** Montag den 15. August (Maria Himmelfahrt) findet in den Kuranlagen (Theaterplatz) Nachmittags 4 Uhr eine Freilichtaufführung zu Gunsten der Ferienkasse der Mitglieder statt. Zur Aufführung kommt die Operette „Der Jägerbaron“ von Job Strauß.

### Württemberg.

**Stuttgart, 9. Aug.** (Die Aufhebung des Viehaußfuhrverbots.) Von württembergischer Seite wird mitgeteilt: Die Stuttgarter Fleischlieferung ergeht in einer Zuschrift an die Presse Vorwürfe gegen das Landesamt für Viehverkehr wegen der ab 1. August d. Js. erfolgten Freigabe der Viehaußfuhr aus Württemberg. Wie die Regierung wiederholt, sowohl im Landtag als in der Presse, zum Ausdruck gebracht hat, hat die Reichsregierung seinerzeit bei Aufhebung der öffentlichen Vieh- und Fleischbewirtschaftung ein Viehaußfuhrverbot lediglich für Bayern und Württemberg zugelassen und zwar ausdrücklich für Württemberg nur insoweit, als Bayern ein solches Ausfuhrverbot ausreicht erhält. Nachdem nunmehr Bayern am 1. August d. Js. das Viehaußfuhrverbot aufgehoben hat, war für Württemberg nach der Stellung des Reichsernährungsministeriums dieselbe Maßnahme geboten.

**Cannstatt, 9. Aug.** (Lebensrettung.) Beim Baden im See am Stadtwald war ein Angestellter der Firma Gauschen u. Cie. der des Schwimmens nicht genügend kundig war, in einen Strudel geraten und untergegangen. Ein junger Cannstatter namens Albert Epple sprang ihm nach und rettete ihn vor dem sicheren Tode.

**Baihingen a. N., 9. Aug.** (Ueberrfahren.) Ein Dienstmädchen wollte auf der Station Rohr, wo ihr Zug nicht hielt, durch einen fähigen Spinnwagen den fahrenden Zug verlassen, kam unter die Räder und wurde mit zwei abgefahrenen Füßen in ein Krankenhaus nach Stuttgart geschafft.

**Tuttlingen, 9. Aug.** (Über Tod.) Auf der Eisenbahnfahrt von Stuttgart nach Tuttlingen verstarb der 66 Jahre alte Kaufmann Johann Wiedemann von Detroit Michigan in Amerika plötzlich an einem Herzschlag. Der Vater des Verstorbenen stammt aus Weilheim O. Tuttlingen. Wie schon öfter so wollte er auch dieses Jahr mit seiner Frau und einem

13 Jahre alten Enkel die Heimat seiner Väter besuchen und in Raubheim und Karlsbad Erholung suchen. Die Reise wird von der Witwe nach Amerika überführt.

**Affeltingen, 9. Aug.** (Wassermangel.) Beim letzten Gewitter schlug der Blitz in die Scheuer des G. Wannenweisch. Das Gebäude stand sofort in Flammen. Die Rettungsmassnahmen der Feuerwehr wurden durch Wassermangel sehr behindert. Wällenbilder wurden geleert, aber auch diese waren bald angetupft. Ein immer stärker einsetzender Wind trieb die Funken fort; schon brannte ein Nebenhaus — die Läden eines großen Hauses fingen Feuer. Da nahte Hilfe: Von Hammingen, Stetten, Ober- und Niederstöttingen kam Wasser. Auch in Moos holte man es. Nur dieser Hilfe ist es zu verdanken, daß Affeltingen nicht ein Raub der Flammen wurde. Der Brandgeschädigte verliert seinen reichen Ernteertrag. Das Nebenhaus ist geettet.

**Ulm, 9. Aug.** (Erwischt. — Bewegener Durst.) Durch Beamte des Kriegswiderstands wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Mann kontrolliert, der eine größere Menge Kleidungsstücke und Bettwäsche bei sich führte. Es wurde festgestellt, daß die Stoffe von Fabrikenbränden in Augsburg herührten. Der Eindroher ist der vagierende Hilfsarbeiter Lorenz Herb von Augsburg. — In einer der letzten Nächte kontrollierte ein Eisenbahnbeamter mehrere im Bahnhofsaal herumlagernde Personen, darunter auch den ledigen Hilfsarbeiter Michael Staudacher von Böhlingen, wohnhaft in Reu-Ulm. Da er nicht im Besitze einer Fahrkarte war, wurde er aus dem Bahnhof verwiesen. Staudacher zog aber einen Revolver und schoß auf den Beamten, glücklicherweise ohne zu treffen. Staudacher wurde festgenommen und dem Gerichte übergeben.

**Ulm, 9. Aug.** (Der Flugplatz als Siedlerstätte. — Butter- und Milchhandel.) Der während der Kriegsjahre errichtete Flugplatz zwischen Weimerstetten, Jünglingen und Dornstadt mit 7 Hektar, der durch das bekanntlich wieder fallen gelassene Projekt einer Landesmilkzentrale längere Zeit im Mittelpunkt des Interesses stand, wird nunmehr zu Siedlungsweiden für Landwirte verwendet. Die Fliegerballen mußten auf Ententegebiet abgegeben werden. Zwei Siedler haben sich bereits niedergelassen, weitere 6 folgen, wenn die Grundstücke, die heuer an Bewohner der Nachbarorte verpachtet waren, frei werden. — Im Mai und Juni d. Js. machte der Kaufmann Ferdinand Erler in Ulm in verschiedenen Tageszeitungen das Angebot, gegen Voreinsendung von 185 M auf sein Stuttgarter Bestelkonto, 10 Pfund ff. Alpenmilch zu liefern. Diesem Schwindler sind über 150 Personen zum Opfer gefallen. Ueber das Vermögen des Erler ist der Konkurs eröffnet worden. Die geschädigten Butterbesitzer haben ihre Forderungen bis spätestens 23. 8. 21 beim Amtsgericht Ulm anzumelden.

**Laubheim, 9. Aug.** (Der Mord.) Der Versuch an der Leiche des Ermordeten Wagners Troig in Mietingen ergab, daß dem Mann die Hirnschale ein- und dabei auch das Rückenmark abgeschlagen wurde. Der Mörder Eugen Schwepfer von Schnadt ist von Ulm ins Amtsgericht Laubheim eingeliefert worden, wo auch die anderen Verhafteten sich befinden. Der Mörder unterliegt ein Verhältnis mit der Tochter des Paares, die er demnächst heiraten wollte.

### Baden.

**Haslach, 8. Aug.** Die Stallungen der Hohenweide brannten hier ab trotz der eifrigsten Bemühungen der Feuerwehren von Haslach und Detigheim. Leider verbrannten neunzehn zum Teil wertvolle Pferde, foboh der Mittelbadischen Pferdebesitzer-Gemeinschaft ein erheblicher Schaden erwächst. Die Gebäude sind Eigentum des Kreises. Der Gesamtschaden dürfte sich auf annähernd eine Million belaufen. Auch Futtermittel und Schweine sind mitverbrannt. Dem verheerenden Element fiel außerdem das Reinpferd „Dobertus“ zum Opfer, das zur Erholung auf der Hohenweide untergebracht war. Es machte sich starker Wassermangel geltend, da nur aus einem Brunnen Wasser gewonnen werden konnte. Auch der Wald wurde bei dem herrschenden starken Wind angefangen; hier gelang es jedoch bald, das Feuer einzudämmen. Von den Pferden konnten 28 gerettet werden. Als Entschuldigungsursache wird Selbstentzündung vermutet. Im Tode befanden sich mehrere Maschinellungen, darunter eine solche aus Fensterglas. Unmittelbar unter dem Tode hat sich Heu und Stroh befunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Verfrachtung des Glases bei der jetzigen Hitze der Brand entstanden ist.

**Baden-Baden, 8. Aug.** Während der Aufführung des „Schneider Bibbel“ im hiesigen Schauspiel kam es gestern abend zu patriotischen Kundgebungen, als der Darsteller des Schneiders Bibbel, Leo Schillingdorf, die Worte sprach: „Nicht mit Kugeln, sondern mit Knüppeln jagen wir euch (die Franzosen) zum Lande hinaus.“ Es fehlte nicht ebenwollender Beifall ein und eine Reihe von Zuschauern stimmten das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an.

**Albstadt bei Waldsütz, 8. Aug.** Samstag mittag 1 Uhr geriet die hiesige große Papierfabrik in Brand. Die Feuerwehren von auswärts arbeiteten fieberhaft an der Eindämmung. Angeblich soll das Feuer in der Spinnabteilung zwischen den beiden großen Kaminen entstanden sein. Die Fabrik ist nicht vollständig abgebrannt, sondern lediglich die unteren Teile. Dant der Tätigkeit der aus Roh und Fern herbeigebrachten zahlreichen Deker und Wehren konnten die neueren Teile grettet und ein Uebergreifen des Feuers auf die sehr stark gefährdete Nachbarschaft verhindert werden. Glücklicherweise fehlte es nicht an Wasser, zum Ausdruck gebracht hat, hat die Reichsregierung seinerzeit bei Aufhebung der öffentlichen Vieh- und Fleischbewirtschaftung ein Viehaußfuhrverbot lediglich für Bayern und Württemberg zugelassen und zwar ausdrücklich für Württemberg nur insoweit, als Bayern ein solches Ausfuhrverbot ausreicht erhält. Nachdem nunmehr Bayern am 1. August d. Js. das Viehaußfuhrverbot aufgehoben hat, war für Württemberg nach der Stellung des Reichsernährungsministeriums dieselbe Maßnahme geboten.

**Donauwiesingen, 8. Aug.** Der andauernde Wassermangel hat den Gemeinderat veranlaßt, für den Brandfall auf Grund des Polizei- und Strafgesetzbuches besondere Anordnungen zu treffen. So sind bei Ausbruch eines Brandes alle hiesigen Landwirte verpflichtet, ohne weiteres ihre Gespanne mit Pflügen und brauchbarem Haß an die große Hälallengrube zu schicken und dort zur Verfügung der Stadtverwaltung oder des Feuerwehrkommandos zu halten. Gestern mittag 1 Uhr fand ein Probe-Alarm durch Strome und Stürmen der Rathausglocke statt.

**Wädgheim bei Wachen, 8. Aug.** Eine ältere Kuh des Kham Schimpf brachte dieser Tage drei Kälber zur Welt. Nummer 3, welches am schwächlichen war, ist leider nach der Geburt eingegangen. Die zwei anderen sind munter und leben fröhlich. Dieser Drillingswurf ist eine Leistung, der sich eine Kuh nur in den seltensten Fällen rühmen kann.

### Vermischtes.

**Barfchau, 8. Aug.** Trotz starker Gegenmaßnahmen ist, wie die Blätter melden, die russische Pest in Barfchau eingeschleppt worden. In einem Bezirk an der Grenze konnten schon 8 Pestfälle festgestellt werden.

**Bräuhige Oben.** Die Zahl der Ehescheidungen im Deutschen Reich von 1903 mit 9983 bis 1913 auf 17 606 gestiegen, auf je 100 000 Einwohner von 16,9 auf 26,6. Krieg ging die Zahl auf 16,3 zurück, stieg aber schon 1914 auf 20,6 und 1915 auf 36,2, fast doppelt soviel wie 1903 und 1914. 1915 war die Zahl der Ehescheidungen am größten in Darmstadt mit 138,4, dann in Berlin mit 118,9. Es folgt Bremen mit 100,2, im weitesten Abstand folgen Sachsen mit 38,9, Braunschweig mit 35,8, Preußen mit 35,4, Baden mit 32,6, Württemberg mit 31,2, Mecklenburg-Schwerin mit 30,9, Württemberg mit 24, Oldenburg mit nur 20,7.

**Die Bevölkerung Deutschlands.** Die deutsche Bevölkerung betrug im Jahre 1910 64,5 Millionen und die, wenn der Krieg dazwischen gekommen wäre, Ende 1919 auf 61 Millionen angewachsen wäre, ist heute auf 61 Millionen gesunken. Der Geburtenausfall macht allein 3,7 Millionen während der Verlust an im Krieg Gefallenen auf 1,7 Millionen berechnet wird, der Ausfall durch Abtretungen und Abwanderungen des Saarreviers auf 4 Millionen anzusehen ist.

### Handel und Verkehr.

**Devisen-Kurse.** (Durch die Rheinische Creditbank in Niederlassung Derreraid, mitgeteilt.) London 2507—2517, Schweiz 1360—1370, Paris 630—640 (Schwach), New York 80 fünf Achtel bis 81, Budapest 20—20 1/4, Italien 354—355. Tendenz: unklar. **Stuttgart, 8. Aug.** Der Obstverkehr hat auf dem Leipziger Großmarkt einen fühlbaren Rückschlag erlitten; die starken Einfuhren in Ulm, Weiden und Kempten aus Baden und der Pfalz wurden nur zum Teil geräumt. Der Obstmarkt ist, daß die Ware zu teuer ist.

**Stuttgart, 9. Aug.** Am 9. August (Dienstag) wurden hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: Ochsen 14, Jungkälber 321, Jungstiere 326, Kühe 314, 688, Schweine 501, Schafe 8. Auf einem Zentner Lebensmitteln wurden erlöst: Ochsen 1. 570—650, 2. 430—530, 3. 1.400—520, 2. 370—440, Jungstiere 560—660, 2. 460—530, 3. 380—440, Kühe 420—500, 310—400, 3. 180—270, 2. 1.690—740, 2. 620—680, 3. 500—600, Schweine 1. 1270—1310, 2. 1180—1250, 3. 1020—1130. Verkauf des Reichsgroßvieh gute Ware beliebt, sonst langsam, Küber bis Schweine mäßig beliebt.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 9. Aug.** Der diesjährige Parteitag der deutschen Volkspartei findet nunmehr vom 22. bis 25. Oktober in Stuttgart statt.

**München, 9. Aug.** Der bayerische Landtag beschloß heute seine Arbeiten für diese Session und vertagte sich auf den 1. Oktober. In seiner Schlussansprache gedachte der bayerische König auch der bevorstehenden Entscheidung über die Oberpfälzer. Er führte unter Zustimmung des Hauses an, wenn der Oberste Rat der Entente die Selbstbestimmung der Völker achtet, der Völkerveröhnung diene und einen wirklichen Frieden von Bestand antreiben wolle, so müsse er die wärmsten Stimme des oberpfälzischen Volkes achten und der Reichsregierung glauben, daß Deutschland ohne Oberpfälzer leben und seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Der bayerische Landtag und das bayerische Volk grüßen neuerdings das so schwer heimgeführte und qualte, aber dennoch treu-deutsche oberpfälzische Volk mit Hoffen auf eine Entscheidung der Vernunft und Gerechtigkeit.

**Wiesbaden, 10. Aug.** Der Polizeikommissar Klein ist ohne Angaben von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert worden.

**Mainz, 9. Aug.** Die Straßensperrungen an der Grenze des Zollgebiets scheinen den Zweck zu haben, der französischen Besatzungsbehörde neue Einnahmen zu verschaffen. Die Kraftwagen werden auf den vielen verbotenen Straßen von den zahlreichen Kontrollposten angehalten und durch sich weitere Verkehrsbehinderung durch Entrichtung einer Geldstrafe von 800 M. erlaufen.

**Mainz, 9. Aug.** Der Zustand der Buchdrucker drückt sich aber über Mainz hinaus aus. Die Mainzer bürgerlichen Blätter geben seit gestern eine gemeinsame Zeitung heraus und nur die sozialdemokratische Volkszeitung ist unverändert weiter. In Worms sind gestern die Buchdrucker gleichfalls in den Ausstand getreten. Auch dort helfen die bürgerlichen Blätter mit der Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes. In Wiesbaden ist der Ausstand heute Morgen ausgebrochen.

**Saarbrücken, 9. Aug.** In dem französischen Postamtblatt „Nouvelles de la Saarlauter“ wird dafür eingetreten, im Saargebiet eine Börse errichtet werde. Diese Bestrebungen können nur den einen Zweck verfolgen, die Handelskreise des Saargebiets gänzlich unter französischen Einfluß zu bringen. — Die Saarregierung hat den Gemeindegewerkschaften Bescheid gegeben, daß den Beamten und Angestellten der Kommunen der Gehalt in Franken bezahlt werden soll.

**Buer, 9. Aug.** Im Walde zu Marl wurde ein mehrere Tage vermisster Knabe mit dem Kopfe nach unten erhängt aufgefunden. Unter dem dringenden Verdachte, sein Spielkameraden erschlagen und ihn dann erhängt zu haben ist ein sechzehnjähriger Bursche verhaftet worden.

**Berlin, 9. August.** Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf am 15. August teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage eines internationalen Roten Kreuz-Hilfs für Rußland besprochen werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Dr. desdirektor von Winterfeldt, hat darauf geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechend weitestgehend Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Rote Kreuz auf dem Standpunkt steht, daß angesichts der Lage des russischen Problems nur auf breiter internationaler Basis den Notleidenden Rußlands wirklich Hilfe geleistet werden könne.

**Berlin, 9. August.** Die Reichsinduzier für die Lebensunterhaltungskosten ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 963, während sie im Vormonat nur 924 erreichte hatte. Zu der Steigerung haben Preissteigerungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Milch, Butter, Fett, Eier und Milch beigetragen. Von allen diesen Waren sind aber die außergewöhnlichen Witterungsbedingungen stark in die Höhe getrieben.

... in die Höhe getrieben. Berlin, 8. Aug. ... Norddeich ist gestiegen. ... Reichspräsident ... sagten, den ... der französische ... sei. Die ... der Eisenbahn und der ... fortgesetzt. ... der Zug sei in seinem ... durch das herausfordern ... in große ... Berlin, 9. Aug. ... für den Personenn ... Oktober, sondern ... Grund für dies ... die Ueberführung der ... Gebiet eingeführt ... Eisenbahnwesen fallen ... der Schwerindustrie ... werden. In ... Arbeiter in der ... sind wegen ... Sie verlangen ... in Ulm, Weiden und ... der Pfalz wurden nur ... der Obstmarkt ist, ... ist, daß die Ware zu ... Stuttgart, 9. Aug. ... Am 9. August (Dienstag) ... hiesigen Vieh- und ... Ochsen 14, Jungkälber ... 321, Jungstiere 326, ... 688, Schweine 501, ... 8. Auf einem Zentner ... wurden erlöst: Ochsen ... 1. 570—650, 2. 430—530, ... 3. 1.400—520, 2. 370—440, ... 560—660, 2. 460—530, ... 3. 380—440, Kühe 420—500, ... 310—400, 3. 180—270, ... 2. 1.690—740, 2. 620—680, ... 3. 500—600, Schweine 1. ... 1270—1310, 2. 1180—1250, ... 3. 1020—1130. Verkauf ... des Reichsgroßvieh gute ... Ware beliebt, sonst ... langsam, Küber bis ... Schweine mäßig beliebt. **Stuttgart, 9. Aug.** Der diesjährige Parteitag der deutschen Volkspartei findet nunmehr vom 22. bis 25. Oktober in Stuttgart statt. **München, 9. Aug.** Der bayerische Landtag beschloß heute seine Arbeiten für diese Session und vertagte sich auf den 1. Oktober. In seiner Schlussansprache gedachte der bayerische König auch der bevorstehenden Entscheidung über die Oberpfälzer. Er führte unter Zustimmung des Hauses an, wenn der Oberste Rat der Entente die Selbstbestimmung der Völker achtet, der Völkerveröhnung diene und einen wirklichen Frieden von Bestand antreiben wolle, so müsse er die wärmsten Stimme des oberpfälzischen Volkes achten und der Reichsregierung glauben, daß Deutschland ohne Oberpfälzer leben und seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Der bayerische Landtag und das bayerische Volk grüßen neuerdings das so schwer heimgeführte und qualte, aber dennoch treu-deutsche oberpfälzische Volk mit Hoffen auf eine Entscheidung der Vernunft und Gerechtigkeit. **Wiesbaden, 10. Aug.** Der Polizeikommissar Klein ist ohne Angaben von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert worden. **Mainz, 9. Aug.** Die Straßensperrungen an der Grenze des Zollgebiets scheinen den Zweck zu haben, der französischen Besatzungsbehörde neue Einnahmen zu verschaffen. Die Kraftwagen werden auf den vielen verbotenen Straßen von den zahlreichen Kontrollposten angehalten und durch sich weitere Verkehrsbehinderung durch Entrichtung einer Geldstrafe von 800 M. erlaufen. **Mainz, 9. Aug.** Der Zustand der Buchdrucker drückt sich aber über Mainz hinaus aus. Die Mainzer bürgerlichen Blätter geben seit gestern eine gemeinsame Zeitung heraus und nur die sozialdemokratische Volkszeitung ist unverändert weiter. In Worms sind gestern die Buchdrucker gleichfalls in den Ausstand getreten. Auch dort helfen die bürgerlichen Blätter mit der Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes. In Wiesbaden ist der Ausstand heute Morgen ausgebrochen. **Saarbrücken, 9. Aug.** In dem französischen Postamtblatt „Nouvelles de la Saarlauter“ wird dafür eingetreten, im Saargebiet eine Börse errichtet werde. Diese Bestrebungen können nur den einen Zweck verfolgen, die Handelskreise des Saargebiets gänzlich unter französischen Einfluß zu bringen. — Die Saarregierung hat den Gemeindegewerkschaften Bescheid gegeben, daß den Beamten und Angestellten der Kommunen der Gehalt in Franken bezahlt werden soll. **Buer, 9. Aug.** Im Walde zu Marl wurde ein mehrere Tage vermisster Knabe mit dem Kopfe nach unten erhängt aufgefunden. Unter dem dringenden Verdachte, sein Spielkameraden erschlagen und ihn dann erhängt zu haben ist ein sechzehnjähriger Bursche verhaftet worden. **Berlin, 9. August.** Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf am 15. August teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage eines internationalen Roten Kreuz-Hilfs für Rußland besprochen werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Dr. desdirektor von Winterfeldt, hat darauf geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechend weitestgehend Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Rote Kreuz auf dem Standpunkt steht, daß angesichts der Lage des russischen Problems nur auf breiter internationaler Basis den Notleidenden Rußlands wirklich Hilfe geleistet werden könne. **Berlin, 9. August.** Die Reichsinduzier für die Lebensunterhaltungskosten ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 963, während sie im Vormonat nur 924 erreichte hatte. Zu der Steigerung haben Preissteigerungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Milch, Butter, Fett, Eier und Milch beigetragen. Von allen diesen Waren sind aber die außergewöhnlichen Witterungsbedingungen stark in die Höhe getrieben. Berlin, 8. Aug. ... Norddeich ist gestiegen. ... Reichspräsident ... sagten, den ... der französische ... sei. Die ... der Eisenbahn und der ... fortgesetzt. ... der Zug sei in seinem ... durch das herausfordern ... in große ... Berlin, 9. Aug. ... für den Personenn ... Oktober, sondern ... Grund für dies ... die Ueberführung der ... Gebiet eingeführt ... Eisenbahnwesen fallen ... der Schwerindustrie ... werden. In ... Arbeiter in der ... sind wegen ... Sie verlangen ... in Ulm, Weiden und ... der Pfalz wurden nur ... der Obstmarkt ist, ... ist, daß die Ware zu ... Stuttgart, 9. Aug. ... Am 9. August (Dienstag) ... hiesigen Vieh- und ... Ochsen 14, Jungkälber ... 321, Jungstiere 326, ... 688, Schweine 501, ... 8. Auf einem Zentner ... wurden erlöst: Ochsen ... 1. 570—650, 2. 430—530, ... 3. 1.400—520, 2. 370—440, ... 560—660, 2. 460—530, ... 3. 380—440, Kühe 420—500, ... 310—400, 3. 180—270, ... 2. 1.690—740, 2. 620—680, ... 3. 500—600, Schweine 1. ... 1270—1310, 2. 1180—1250, ... 3. 1020—1130. Verkauf ... des Reichsgroßvieh gute ... Ware beliebt, sonst ... langsam, Küber bis ... Schweine mäßig beliebt.

der Bescheidungen  
33 bis 1913 auf 17 800  
ner von 16,9 auf 26,6  
stieg aber schon 1913  
welt soviel wie 1903 und  
ngen am größten in Deut  
8,9. Es folgt Bremen mit  
osen mit 38,9, Braunsch  
den mit 32,6, Wapen  
0,9. Württemberg mit 24  
s. Die deutsche Bevölkerung  
0 betrug und die, wenn  
wäre, Ende 1919 auf  
heute auf 61 Millionen  
cht allein 9,7 Millionen  
Gefallenen auf 1,7 Millio  
Abtretungen und Wäse  
nen anzusehen ist.

**Verkehr.**  
heutsche Credit  
16, mitgeteilt) Berlin  
160-1370, Paris 650-  
ork 80 fünf Aitel 24  
365. Tendenz: unsh  
verkehr hat auf dem  
agelitten; die Karlen  
und Kapseln aus Baden  
geräumt. Der Grund  
August (Dienstagmar  
waren zugeführt: Och  
rinder 326, Kühe 314,   
als einem Berliner Ref  
0-650, 2. 430-530,   
nder 560-660, 2. 460-  
0-400, 3. 180-270,   
-600, Schweine 1. 127  
130. Verkauf des We  
st langsam, Kälber  
brachten.

diejährige Parteitag  
ehr vom 22. bis 25. Ob  
bayrische Landtag bere  
fession und vertage sich  
hanfrage gedachte  
stehende Entscheidung  
ustimmung des Hauses  
te die Selbstbestimmun  
dne und einen wicht  
le, so müsse er die woz  
lles achten und der Ho  
nd ohne Oberschlesien  
Verpflichtungen nicht  
Landtag und das bap  
chmer heimgefuhrte  
die oberschlesische Voll  
Bemunft und Gerechtig  
Polizeikommissar Klau  
den Franzosen verho  
den.

enperrungen an der Gr  
wed zu haben, der fran  
Einnahmen zu versch  
n vielen verbotenen We  
ter angehalten und  
Entrichtung einer G  
stand der Buchdrucker  
aus. Die Rainer bür  
eine gemeinsame Zeit  
tsche Volkszeitung erf  
ind gestern die Buchdr  
eten. Auch dort hel  
Herausgabe eines gene  
Diesbaden ist der Aus  
dem französischen Pro  
wied dafür eingetreten  
t werde. Diese Bestreb  
olgen, die Handelskrei  
tschen Einfluss zu bring  
Gemeindeverwaltungen  
Beamten und Angehör  
Franken bezahlt werden  
zu Maci wurde ein  
mit dem Kopfe nach  
ringenden Verdachte, se  
dann erhängt zu hab  
erhalten worden.

äsident des Internatio  
dor, hat das deutsche  
erenz in Genf am 15.   
renz soll die Frage  
se für Russland be  
chen roten Kreuzes,   
t darauf geantwortet,   
nladung entsprechen  
cht, daß das deutsche  
daß angeführt der We  
auf breiter internatio  
nds wirklich Hilfe geber  
reichsindex für die  
konat Juli beträchtlich  
nd sie im Vormonat  
dem bis jetzt teuersten  
Steigerung haben Preis  
mittel, besonders für Hü  
beigetragen. Vor all  
ergewöhnlichen Witter

schiffen stark in die Höhe gegangenen Preise für Ge-  
weide und Kartoffeln neuer Ernte sehr ins Gewicht.  
Berlin, 8. Aug. Ueber den Zwischenfall im D-Tag  
Berlin-Norddeich ist gestern eine Reihe von Zeugen im Ver-  
kehrspolizeipräsidium vernommen worden. Mehrere dieser  
Personen sagten, den Blättern zufolge, übereinstimmend aus,  
daß der französische Kapitän Langevin provozierend aufge-  
treten sei. Die Haltung und das Verhalten der Besatzung  
Eisenbahn und der Schutzpolizei sei dagegen ganz ruhig  
und korrekt gewesen. Die Entfernung des Franzosen aus  
dem Zug sei in seinem eigenen Interesse notwendig gewesen,  
da durch das herausfordernde Verhalten des Franzosen die  
Passenden in große Erregung versetzt worden waren.  
Berlin, 9. Aug. Es besteht die Absicht, den Winterfahr-  
plan für den Personenverkehr nicht, wie bisher üblich, zum  
1. Oktober, sondern erst zum 25. Oktober einzuführen. Der  
Grund für diese Maßnahme liegt offenbar darin, daß sonst  
die Überführung der Sommerzeit in die Winterzeit, die im  
letzten Gebiet eingeführt ist, gleichzeitig auf den Tag des  
Wahrscheinlichfalls fallen würde. Im Saargebiet sind die Werke  
der Schwerindustrie gezwungen, Arbeiterentlassungen vorzu-  
nehmen. In Kruppstadt wurden wegen Streiks der Metall-  
arbeiter in einem Betrieb alle Metallarbeiter ausgespart.  
Ebenfalls Arbeiter in den Oelfabriken in Daxburg und Bil-  
schbach sind wegen Lohnstreikigkeiten in den Ausstand ge-  
treten. Sie verlangen eine 25prozentige Erhöhung der Lohn-  
zuschläge. Der Streik umfaßt 10 000 Arbeiter. — In Wil-  
helmsburg in Oldenburg ist eine Ruhrerkrankung ausgebrochen.  
Verschiedene Personen sind bereits gestorben. — In Rastow  
wurden der ehemalige polnische Kommandant von Lojense, ein  
preussischer Leutnant und sein Adjutant bei einem Ein-  
bruch in ein Wohnhaus überfallen und festgenommen.  
Wien, 9. Aug. In der Strafanstalt Stein a. d. Donau  
nach infolge der Erbitterung der Sträflinge über Diszi-  
plinarverfügungen eine Revolte aus. Die Sträflinge zer-  
störten Einrichtungen, Gegenstände und richteten einen Schaden  
im Gesamtwert von einer Million an. Schließlich griff  
die Wache ein, welche gezwungen war, auf die Sträflinge  
zu schießen. 4 von ihnen wurden getötet und mehrere ver-  
wundet.  
Kopenhagen, 9. Aug. „Politiken“ wird aus Kiga tele-  
graphiert: Nach bolschewistischen Mittermeldungen hatten die  
russischen Eisenbahnen, die den Verkehr mit den Dones-Bahnen  
unterhalten und die Ukraine mit Zentral-Russland verbinden,  
am 25. Juli nur noch für 3 Tage Heilmittel gehabt. Um  
den Katastrophen zu vermelden, wurde alles Brennmaterial be-  
halten und der an sich schon sehr eingeschränkte Eisen-  
bahnverkehr weiter eingeschränkt, was die Lage im Hunger-  
gebiet verschlechtert. Auch die Kohlenindustrie im Dongebiet  
und von Verkehrsbeschränkungen betroffen, so daß dadurch  
die Zufuhr von Lebensmitteln für die Grubenarbeiter erschwert  
wird. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß bis Ende  
Juli gegen 130 000 Personen an Cholera gestorben sind.  
Christiansand, 10. Aug. Die Befragung eines schwedischen  
Militärattachés ist gestern hier angekommen. Sie teilt mit, sie  
habe vor 14 Tagen beobachtet, wie ein deutscher Trampler in  
der Nordsee auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen  
ist.  
Brüssel, 9. Aug. Am 4. August, von 6 bis 9.30, wurden  
täglich die Einmarsche der Deutschen in Belgien am 4. Aug.  
1914 in ganz Belgien die Glocken geläutet. Die Dampfsirenen  
der Fabriken und der Säge erlönten eine halbe Stunde lang.  
In den Garnisonsorten wurden von den Truppen Salven und  
Kanonenschüsse abgegeben.  
Paris, 10. Aug. Davaß meldet aus Angora, daß nach  
einer Debatte über die militärische Lage die Militärbehörden  
in Angora mit der Rationalversammlung beschlossen,  
Angora zu räumen und sich nach Cafarea zurückzuziehen.  
In Cafarea werden die Rationalversammlung und die Ver-  
sammlung nach Cafarea verlegt.  
Rom, 10. Aug. Ein neuer Riesenstreik im Textilgewerbe  
hat bevor. Die Fabrikanten kündigten wegen schlechter Kon-  
junktur die Lohnverträge, worauf die Arbeiter beschlossen, in  
ganz Italien am 11. August in den Ausstand zu treten.  
Madrid, 10. Aug. Man rechnet damit, daß in 10 Tagen  
30 000 Mann in Melilla sein werden und daß die Garnisonen  
von Tetuan und Larache um 30 000 Mann verstärkt werden.  
Die kassanischen Infanterie erlittene Kämpfe gegen die Reste  
der Kolonne Rabarra, die ihren heldenmütigen Widerstand auf  
dem Berge Arruit trotz der Verluste fortsetzt.  
Lands, 9. Aug. „Dailh Chronicle“ zufolge wird die  
Entschädigung Russlands bei der augenblicklichen Hungersnot  
durch England zum größten Teil privater Natur sein müssen.  
Die russische Handelsdelegation in London wäre nicht in der  
Lage, der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden durch  
die Sowjetregierung zuzustimmen.  
London, 9. Aug. Die Times melden aus Smyrna, daß  
der 2. Abschnitt der griechischen Offensive begonnen habe. Die  
Griechen seien nördlich von Leske (?) zum Angriff überge-  
gangen. Die im Hinterland befindlichen Türken zögen sich  
zurück.  
Washington, 9. Aug. China hat dem Staatsdepartement  
mitgeteilt, daß ihm der 11. November für die Eröffnung der  
Wahlungskonferenz in Washington genäh sei.  
**Politischer Schwindel.**  
Einem großen politischen Schwindel ist die Münchener  
Presse auf die Spur gekommen. Es handelt sich dabei um  
einen 27jährigen Zeitungsträger Josef Scherer, der erdichtete  
Wahlberichte für eine Million Mark zum Kauf anbot. Diese  
Wahlberichte sollten Mitglieder der bayerischen „Revolu-  
tion“ andere im politischen Leben stehende Persönlichkeiten kom-  
mentieren, daß sie die Absicht hätten, eine nationale Revo-  
lution in Deutschland zu machen. Scherer bezeichnet sich als  
Wahlkreisleiter, der großen Einfluß in das politische Leben habe.  
Man glaubt, daß Scherer unzurechnungsfähig ist. Er hat in  
der monarchistischen Zeit Bettelbriefe an Kaiser und Fürsten  
geschrieben.  
Die sächsische Industrie unter der Wirkung der Sanktionen.  
Wannheim, 9. Aug. Der Stadtrat von Wannhems  
schickte an die Reichsregierung eine dringende Eingabe, in der  
erbeten wird, darauf hinzuwirken, daß die Sanktionen in  
ihrem ganzen Umfange in kürzester Frist aufgehoben werden,  
da eine Katastrophe für die Biermaler-Schulindustrie ab-  
zuwarten. Die Stadt Wannhems werde ohne den ausübenden  
Verkehr mit dem rechtsrheinischen Deutschland ebenso wenig  
auskommen vermögen, wie das ganze besetzte Gebiet. Auch  
die sächsischen Bierbrauereien stehen infolge der Wirkung der  
Sanktionen vor schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen. Da  
am 1. St. nach dem unbesetzten Gebiet ausgeführt wird mit  
einer Abgabe von 25,0 Mark pro Hektoliter belastet wird,  
können die sächsischen Brauereien mit den rechtsrheinischen nicht

mehr konkurrieren, so daß bei Fortdauer der Sanktionen be-  
reits in nächster Zeit Betriebsbeschränkungen in der sächsischen  
Brauindustrie eintreten werden.  
**Wasser-Kundgebung auf der Wartburg.**  
Eine tausendköpfige Schar von Vertriebenen aus Elsaß-  
Lothringen füllte am Sonntagvormittag den Hof der Wart-  
burg. Festlich leuchteten zwischen den Altarschmähern el-  
fässische Trachten auf. Umrahmt von musikalischen Darbietun-  
gen, sprach eine Reihe von hervorragenden, aus Elsaß ver-  
triebenen Deutschen zu der mächtigen Versammlung, unter  
ihnen Pfarrer Risch, dann vor allem der frühere Oberbürger-  
meister von Straßburg, der jetzige Oberpräsident der Provinz  
Hessen-Rhassau, Dr. Schwaner-Kassel, der mit beredten Worten  
die Schärfe der verlorenen Heimat pries und auf die Ent-  
scheidungen hinwies, die die Vertriebenen in Deutschland er-  
litten haben. Stürmisch bejubelt sprach Friedrich Lienhard-  
Weimar über die deutsche Treue und die deutsche Schmach.  
Auch er gelobte, Treue zu halten dem Heimatlande und auch  
dem deutschen Vaterlande.  
**Die neue Lohn- und Gehaltsbewegung.**  
Berlin, 9. Aug. Der Vorstand des Allgemeinen Deut-  
schen Gewerkschaftsbundes veröffentlichte eine Erklärung, in der  
aus der Erhöhung der Brotpreise, verschiedenen sonstigen Preis-  
steigerungen und der bevorstehenden gewaltigen Kostenvermeh-  
rung gefolgert wird, daß die Arbeiter gezwungen seien, nun-  
mehr auf der ganzen Linie neuerliche beträchtliche Lohnforde-  
rungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des  
Gewerkschaftskampfes durchzuführen. Es heißt in der Erklä-  
rung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Die  
Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig ge-  
wordenen Lohnverhöhungen auf neue preissteigernde Wirken  
müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie  
nur mit Widerstreben diesen ungeliebten Kreislauf mitmachen.  
Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu  
beeinflussen, daß wir endlich aus dem Arkel herauskommen,  
sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden. Solange dies  
nicht gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg  
als der, durch ausdehnende Lohnverhöhungen sich einen Aus-  
gleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter  
muß leben können, wenn er arbeiten soll.“ Der Aufruf schließt  
mit einer Mahnung zur Einigkeit in den Gewerkschaften. Nur  
dann könnten die Gewerkschaften diese Aufgabe erfolgreich er-  
füllen.  
**Der deutsche Eisenbahnerverband zur Teuerung.**  
Berlin, 9. Aug. Der Deutsche Eisenbahnerverband teilt  
uns mit: Am 9. August trafen die Vertreter der 4 großen  
Eisenbahnerorganisationen Deutscher Eisenbahnerverband, Ge-  
werkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, All-  
gemeiner Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der E-  
isenbahnbeamten und -Anwärter zu einer Beratung über die  
Durchführung der aus der Preissteigerung auf allen Gebieten  
sich ergebenden Lohn- u. Gehaltsforderungen zusammen. Nach  
dem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, mit Rücksicht auf ihre  
Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbund vorläufig eine Ein-  
heitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können und  
ihre Vertreter sich gewelgert hatten, gemeinsame Forderungen  
aufzustellen, erfolgte die Bildung des 16er Ausschusses, der  
sich aus den ergriffenen drei großen Verbänden zusammen-  
setzt. Ueber die einzureichenden Forderungen wurde völlige  
Uebereinstimmung erzielt. Aufgebeuert werden sollen die  
Besätze der Arbeiter, Angestellten, Diakone, Beamten und  
Pensionäre. Es soll versucht werden, die Verhandlungen auf  
schleunigstem Wege zustande zu bringen.  
**Es geht los.**  
Berlin, 10. Aug. Mittermeldungen zufolge drangen  
gestern Abend bei Rosenberg starke polnische Banden über die  
Grenze. Deutsche Apo-Beamtete und Engländer drängten die  
Polen nach einem größeren Widerstand über die Grenze zurück.  
Wie verlautet, haben die Engländer Verluste gehabt. Das  
„Berliner Tageblatt“ meldet weitere Einzelheiten über die Vor-  
berreitungen der Polen zur Eroberung Oberschlesiens. Die  
Insurgenten haben ein Leuchtsignal verabredet, das vom mili-  
tärlichen Hauptquartier ins Sodnowice als Zeichen des Be-  
gians des neuen Aufstands abgegeben werden soll und das  
vom Kirchturm in Boguskißki weiterzugeben ist. In der  
Stadt Weithen haben die Engländer Vorkerkungen gegen  
Ueberraschungen getroffen. Sie halten die Hauptstraße besetzt.  
In Wippen und Godelubitz haben gestern die Polen großes  
Friedensschlesien veranfaßt, wobei auch Handgranaten ge-  
worfen wurden. In Sorau ist in der letzten Nacht ein Deut-  
scher von den Polen erschossen worden. In Schwallowitz, säch-  
sich Kubitz, haben die Polen 3 Deutsche erschossen und 2 ver-  
wundet.  
**Zur Konferenz des Obersten Rats.**  
Lloyd George ist in der gestrigen Vormittags-Sitzung der  
Pariser Konferenz mit einer Entschiedenheit für die Zuteilung  
des Industriegebiets an Deutschland eingetreten, daß man an  
die scharfe Stellungnahme für Deutschlands Recht erinnert  
wird, die in seiner Rede an Polen enthalten war. Dem deut-  
schen Standpunkt wird auch dies noch nicht gerecht, denn nur  
die Anteilbarkeit des jetzigen Industriegebietes erkennt der eng-  
lische Staatsmann an, während er die Vorratshammern für  
die künstliche Erhaltung der Industrie, Rohstoff und Fleis, mit  
ihren noch unerlöschlichen, zum Teil noch unerlöschlichen Roh-  
stoffen den Polen preisgeben will. Wenn wir aber nur  
uns darauf verlassen könnten, daß Lloyd George den gestern  
mit so viel Uebereizung eingenommenen Standpunkt auch  
unverrückbar festhält. Wir erinnern an die Pariser Konferenz,  
auf der er an einem Tag die französischen Milliardenforde-  
rungen an Deutschland für Unfsinn erklärte, um sie am folgen-  
den Tage zu bewilligen. Immerhin ist diesmal seine Stellung  
als Vertreter des von Kohlenstreik und trüblicher Frage — von  
dieser wenigstens vorläufig — befreiten England und — er  
hat das scharf betont — des ganzen britischen Weltreichs, härter  
als damals. Er könnte, wenn er ernsthaft will, seinen Willen  
schon durchsetzen, zumal die Italiener dem englischen Stand-  
punkt weit näher sind als dem französischen.  
Paris, 9. Aug. Habas berichtet: In der heutigen zweiten  
Sitzung des Obersten Rates ergriß an erster Stelle General  
Verod das Wort um für die Notwendigkeit der Entscheidung  
von Truppenverfahrungen vor der Ankündigung der Entschlei-  
dung des Obersten Rates einzutreten. Es gebe eine deutsche  
und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht ent-  
waffnet. Die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und  
Deutschland könnten jeden Augenblick über 100 000 Kämpfer  
verfügen. Oberschlesien sei ein Vulkan, dessen Ausbruch immer  
zu befürchten sei. Der englische Oberkommissar, Sir Harold  
Stuart, erklärte, daß die Bevölkerung noch immer Waffen  
besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Döfere  
sich nur erhoben hätten, um die polnischen Aufständischen zu

besämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die  
Polen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff  
erfolge. Er schloß, indem er die Entsendung von Truppen-  
verfahrungen nicht als notwendig bezeichnete. Wohl aber sei  
ein rascher Entschluß und die Aufrechterhaltung der Einheit  
der interalliierten Aktion notwendig.  
Der italienische General de Marini erkannte an, daß die  
Truppen, über die die interalliierte Kommission verfügt, un-  
genügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus  
und für eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und  
an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nach der  
Entscheidung zurückgezogen werden könnten.  
Hierauf ergriß Lloyd George das Wort zu längeren Aus-  
führungen über die englische These.  
Er erklärte u. a.:  
Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Loth-  
ringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5,2 Millionen  
enthalte nur 1,2 Millionen Polen. Das britische Reich würde  
niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht  
nehme. Man möge die Frage nochmals durch Sachverständige  
prüfen lassen.  
Die Prüfung soll auf folgenden Grundlinien erfolgen:  
1. Alle Stimmen müßten für die Ausprägung des Ge-  
biets an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Aus-  
prägung könne nicht gemeinbeweise erfolgen, sondern ent-  
sprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe.  
2. Einzig und allein das Industriegebiet, das das Herz  
Oberschlesiens sei, werde als unteilbares Ganzes betrachtet. Das  
Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das  
dort die Mehrheit erlangt habe.  
3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrenn-  
bar, denn sie bilden eine eigene wirtschaftliche Einheit.  
Lloyd George schloß: Er werde vollkommen den Wunsch  
Frankreichs, Garantien in bezug auf seine Sicherheit zu haben.  
Der Oberste Rat werde sicher darauf Rücksicht nehmen. Wenn  
Frankreich auf neue ungerichtet angegriffen werde, so werde das  
gesamte britische Reich, wie in der Vergangenheit, an seiner  
Seite stehen. Aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Ge-  
fahr. Es müsse von seinem Sieg mit Mäßigung und Willigkeit  
Gebrauch machen.  
Der Vorschlag auf nochmalige Sachverständigenberatung  
wurde angenommen und die Sitzung auf den Nachmittag ver-  
tagt. Die Sachverständigen sind sofort zusammengetreten.  
Paris, 10. Aug. Im Verlauf der gestrigen Nachmittags-  
Sitzung der interalliierten Finanzkommission hat man sich vor  
allen Dingen mit der Frage der Kosten der Besatzungsarmee  
beschäftigt. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen,  
bestehend aus den Finanzministern der alliierten Länder, um  
den Betrag der Kosten für die Besatzung bis zum 1. Mai fest-  
zustellen. Dieser Ausschuss soll auch die Besatzungskosten für  
jedes einzelne Land prüfen. Ein weiteres Komitee soll die  
Besatzungskosten nach dem 1. Mai prüfen. Dieser Ausschuss wird  
heute zusammentreten.  
**England hinter Lloyd George.**  
London, 9. Aug. Man verfolgt hier in allen Kreisen mit  
größer Spannung die Konferenz des Obersten Rates in Paris.  
In den verschiedenen Klubs werden Betten abgesehen, die  
dabin gehen, daß Lloyd George den Standpunkt Englands  
im Prinzip wahrhaftig wird. Unter „Prinzip“ versteht man die  
Zurückhaltung der Vergewalt und industriellen Unternehmungen  
an Deutschland. Die Tatsache, daß Briand neue Vorschläge  
gemacht hat, wird in London als ein Nachgeben Frankreichs  
gegenüber dem englischen Standpunkt aufgefaßt.  
**Pariser Drohungen.**  
Paris, 9. Aug. Geilfentlich werden hier Gerüchte ver-  
breitet, die für Deutschland das Allerschlimmste anklagen.  
Es wird sogar bereits von der Möglichkeit eines polnisch-deut-  
schen Krieges gesprochen. Im Laufe des heutigen Tages ist  
eine große Anzahl Kammermitglieder in Paris eingetroffen  
in enger Fühlung mit den politischen Führern zu sein.  
Es hat den Anschein, als ob England und Italien in den  
hauptächlichsten Forderungen nach wie vor fest zusammen-  
halten. Auf französischer Seite rechnet man noch immer mit  
einem Nachgeben Englands, wenn man sich auch nicht verheißt,  
daß Lloyd George um sein weltpolitisches Prestige in Paris  
zu kämpfen hat.  
**Der Eindruck in Italien.**  
Rom, 9. Aug. Die maßgebenden italienischen Kreise sind  
von dem bisherigen Gang der Dinge im Obersten Rat in Paris  
nicht unzufrieden. Man baut auf Lloyd George weniger als  
Persönlichkeit, als vielmehr auf die Tatsache, daß er in Paris  
das gesamte britische Weltreich vertritt. Für Italien handelt  
es sich vor allem darum, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit  
Deutschlands in Oberschlesien aufrecht zu erhalten. Sollte,  
was man nicht für möglich hält, Lloyd George wirklich un-  
fallen, dann weiß man nicht, wie die Dinge sich weiter ent-  
wickeln werden. Eine ausgesprochene Vormachtstellung Frank-  
reichs in Europa würde auch einen großen Strich durch die  
neue Außenpolitik Italiens machen.  
**Hinter den Kulissen der Konferenz.**  
Mailand, 9. Aug. Der Sonderkorrespondent des „Cor-  
riere della Sera“ in Paris berichtet: Fruchtbringender als alle  
anderen Beratungen erscheinen die privaten Unterredungen der  
Regierungschefs. Bonomi hatte sofort nach seiner Ankunft  
in Paris einen Meinungsaustausch mit Briand. Die Unter-  
redung Bonomis und des italienischen Außenministers mit  
Lloyd George dauerte fast eine Stunde. Heute, Dienstag  
abend, werden die privaten Besprechungen während eines Han-  
setts fortgesetzt, zu dem die englischen Delegierten den italie-  
nischen Ministerpräsidenten und den Außenminister eingeladen  
haben. Es herrscht der Eindruck vor, daß auf Grund dieser  
Besprechungen das Abkommen über Oberschlesien noch im  
Laufe dieser Woche zustande kommt. Bonomi hat mit Rücksicht  
auf die Abneigung des Parlaments und der Kommission für  
auswärtige Angelegenheiten auf den Teilungsplan des Grafen  
Sforza endgültig verzichtet.  
**Die polnische Drohung an den Obersten Rat.**  
Warschau, 9. Aug. Die polnische Regierung veröffentlicht  
eine Note, die sie gestern dem Obersten Rat in Paris über-  
reichen ließ. Darin wird erklärt: „Die polnische Regierung  
hat die Belassung des letzten obererschlesischen Aufstandes durch  
die Alliierten durch ihre moralische Unterstützung gefördert.  
Sie könne den Alliierten aber nur eine gleiche moralische Unter-  
stützung bei der Durchführung der Entscheidung leisten, wenn  
diese Entscheidung definitiv und den gerechten Ansprüchen Po-  
lens entsprechend sei. Andernfalls werde das obererschlesische  
Volk nicht zur Ruhe angehalten werden können.“

Shuhe, Lederwaren, färbt man wie Braunschem Willbra, neu mit  
W. H. Bruns, O. m. b. H., Quodlinburg, Verl. Sie Gratzbrosch. Nr. 2.

